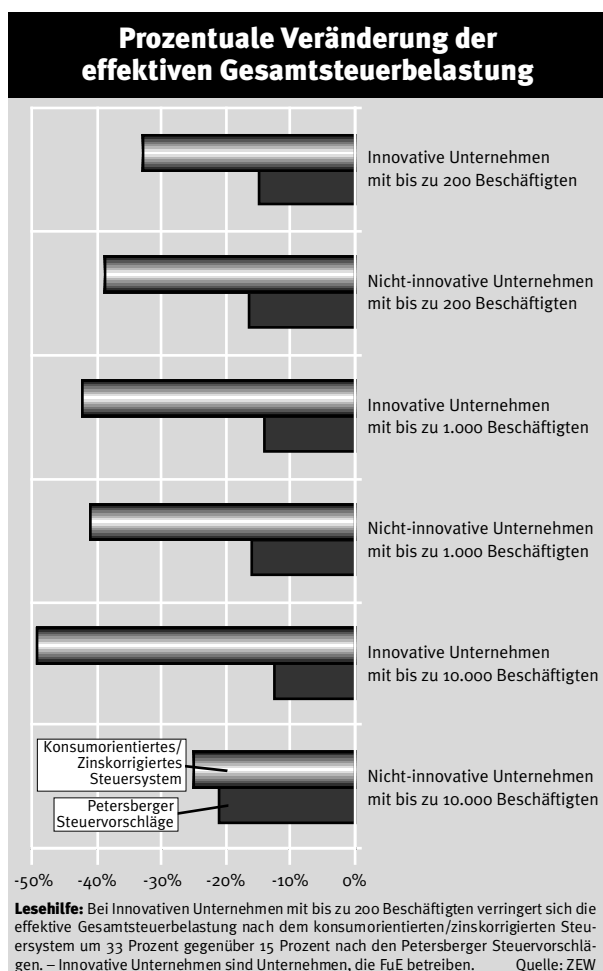


Reform der Unternehmensteuer – Chance für den Standort Deutschland

Die im vergangenen Jahr diskutierten Vorschläge zu anstehenden Veränderungen des Steuersystems haben kaum an wirtschaftspolitischer Aktualität verloren. In der kommenden Legislaturperiode sollte daher die Gelegenheit genutzt werden, ein System zu schaffen, das zu einer langfristigen Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland führt und einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktprobleme leistet.



■ Ziel einer im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie erstellten Untersuchung des ZEW war es, die mittel- bis langfristigen Konsequenzen ausge-

wählter Steuerreformvorschläge (s. Kasten auf S. 2) auf die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich und auf deren Investitions- und Innovationsverhalten qualitativ und quantitativ abzuschätzen. In der Studie wurde unter Verwendung des European Tax Analyzers die effektive Steuerbelastung für sechs typische, nach Größe und Innovationsfähigkeit unterschiedliche Kapitalgesellschaften berechnet. Dabei wurde deutlich, daß deutsche Unternehmen im Untersuchungszeitraum 1997 im Gegensatz zu ihren Konkurrenten in Großbritannien und den Niederlanden eine sehr hohe Steuerbelastung aufweisen. Nur in Frankreich ist die Steuerbelastung der Unternehmen ähnlich hoch wie in Deutschland. Grund für

die Mehrbelastungen in Deutschland und Frankreich sind die dort angewendeten Steuerarten, deren Bemessungsgrundlagen und die im Ländervergleich überdurchschnittlich hohen Steuertarife.

Weiterhin wurde untersucht, wie sich die effektive Gesamtsteuerbelastung und das Investitions- und Innovationsverhalten der sechs Unternehmenstypen in Deutschland ändert, wenn die Petersberger Steuervorschläge bzw. das Modell einer konsumorientierten Besteuerung umgesetzt würde.

Das Uldall-Modell und der Vorschlag der Bareis-Kommission wurden nicht quantifiziert, weil die numerischen Abweichungen zu den Petersberger Steuerreformvorschlägen zum Teil sehr gering sind.

High-Tech-Unternehmen profitieren stärker

Die wesentlichen Maßnahmen der Petersberger Reformvorschläge bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften sind die Abschaffung der Gewerbesteuer

In dieser Ausgabe

Unternehmenssteuerreform – Chance für den Standort Deutschland ..	1
Unternehmensbesteuerung in der EU ..	3
Forschung in Ostdeutschland	4
Umwelt	5
Professionelle Kapitalanlage	6
ZEW-Seminare	7, 8
Neuerscheinungen	7
Termine	8
Daten und Fakten	9
Standpunkt: Steuerwettbewerb?	10

vom Kapital (im Jahressteuergesetz 1998 realisiert), die Reduzierung des Solidaritätszuschlags auf 5,5 Prozent (im Jahressteuergesetz 1998 realisiert), die Senkung der Körperschaftsteuerlichen Tarif- bzw. Ausschüttungsbelastung auf 35 bzw. 25 Prozent und als wesentliche Maßnahme zur Kompensation der damit verbundenen Steuerausfälle die Verringerung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten.

Bei Umsetzung dieser Maßnahmen reduziert sich die effektive Belastung der Modellunternehmen um 14 bis 20 Prozent, wobei die innovative Unternehmen stärker von den Maßnahmen profitieren als nicht-innovative Unternehmen. Diese Entlastung dürfte sich somit

positiv auf die nationale und internationale Wettbewerbsposition deutscher Innovative Unternehmen auswirken.

Anreize für ausländische Investoren schaffen

Unter den Voraussetzungen einer konsumorientierten/zinskorrigierten Besteuerung würde sich für die Unternehmen auch ohne Senkung der Steuertarife eine Entlastung von 25 bis 50 Prozent ergeben, was mit einer nachhaltigen Stimulierung der Investitions- und Innovationsaktivität verbunden wäre.

Die Erklärung für diesen positiven Effekt liegt in der Zinskorrektur bei der Gewinnermittlung. Durch den Abzug kal-

kulatorischer Eigenkapitalzinsen von der steuerlichen Bemessungsgrundlage werden die gesamten Kapitalkosten einer Investition unabhängig von deren Finanzierungsart als steuerlich abzugsfähige Betriebsausgabe anerkannt. Damit entfällt die steuerliche Diskriminierung der Unternehmen, die in überdurchschnittlichem Maße auf Eigenkapitalfinanzierung angewiesen sind. Außerdem könnten Anreize für ausländische Investoren geschaffen werden, die vor allem die mangelnde Transparenz des derzeitigen Steuersystems als Hemmnis empfinden.

Standortvorteile und Arbeitsmarktentlastung

Fazit der ZEW-Studie ist, daß von den Petersberger Steuervorschlägen und dem Modell einer konsumorientierten/zinskorrigierten Besteuerung deutliche Investitions- und Innovationseffekte zu erwarten sind. Die Grundlinien der beiden Reformkonzepte stehen sich jedoch diametral gegenüber. Während die Entlastungseffekte bei den Petersberger Vorschlägen im wesentlichen durch starke Tarifsenkungen bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage induziert werden, erzielt die konsumorientierte/zinskorrigierte Besteuerung positive Effekte, indem sie die Bemessungsgrundlage durch die Beseitigung von Innovationshemmnissen verkleinert und so auch bei unveränderten Steuersätzen zu einer Entlastung investierender Unternehmen führt.

Trotz der Probleme, die mit der Einführung eines völlig neuen Steuersystems in Deutschland verbunden sind, und der Tatsache, daß bereits einige der Petersberger Steuerreformvorschläge im Jahressteuergesetz 1998 verwirklicht wurden, könnte eine systematische Beseitigung staatlicher Investitions- und Innovationshemmnisse durch Ausrichtung einer Reform der Unternehmensbesteuerung am Modell einer konsumorientierten/zinskorrigierten Besteuerung angestrebt werden. Dadurch würde der Standort Deutschland langfristig in seiner Wettbewerbsposition gestärkt und ein System geschaffen, das nicht nur in- und ausländische Investitionen stimuliert, sondern auch positive Beschäftigungseffekte hervorruft. ◀

Fred Ramb, 0621/1235-165

Reformvorschläge zur Einkommens- und Körperschaftsteuer

► Uldall-Modell

Im Vordergrund des Vorschlags stehen deutliche Absenkungen und Modifizierungen des gegenwärtigen Tarifsystems und die Abschaffung steuerlicher Ausnahmeregelungen, wovon eine Förderung der privaten und unternehmerischen Leistungsbereitschaft erwartet wird. Die Steuerreform soll aufkommensneutral gestaltet werden und zu keiner höheren Belastung der Steuerpflichtigen führen.

► Petersberger Steuerreformvorschläge

Das Reformpaket ist von drei Leitlinien geprägt. Erstens ist eine deutliche Senkung der Steuertarife für die Einkommens- bzw. Gewinnbesteuerung von natürlichen Personen und Körperschaften bei gleichzeitiger Verbreiterung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlagen durch den Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Sonderregelungen vorgesehen. Zweitens wird eine Änderung der Steuerstruktur durch eine Verschiebung der Aufkommensgewichte weg von den direkten hin zu den indirekten Steuern angestrebt. Dadurch soll drittens eine Nettoentlastung der Steuerpflichtigen erreicht werden.

► Vorschlag der Bareis-Kommission

Primäre Aufgabe der Kommission war die Umsetzung des verfassungsgerichtlichen Auftrags zur Gestaltung eines Steuerrechts, das einen Einkommensbetrag mindestens in Höhe des sozialhilferechtlichen Existenzminimums steuerfrei stellt. Darüber hinaus sollte eine weitgehende Aufkommensneutralität der Tarifreform mit Hilfe einer Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage geleistet und Maßnahmen zur Vereinfachung des Einkommensteuerrechts erarbeitet werden.

► Modell einer konsumorientierten/zinskorrigierten Besteuerung

Der Vorschlag einer zinskorrigierten Reform der Besteuerung ist am Postulat einer weitgehenden Entscheidungsneutralität der Besteuerung und damit einer geringen Beeinträchtigung des unternehmerischen Investitions- und Innovationsverhaltens ausgerichtet. Die Konstruktion eines solchen Steuersystems wäre mit der Einführung einer sogenannten zinskorrigierten Besteuerung auf Unternehmens-ebene und einer konsumorientierten Besteuerung auf Ebene der privaten Haushalte zu beschreiben. Bei der zinskorrigierten Besteuerung wären die nach den derzeitigen Gewinnermittlungsvorschriften zu bestimmenden Gewinne von kalkulatorischen Zinsen auf das bilanzielle Eigenkapital zu mindern und Zins- und Dividendeneinkommen auf Haushaltsebene größtenteils steuerfrei zu stellen.

Unternehmensbesteuerung in der EU

Alles ist im Fluß. Daß die Erkenntnis der griechischen Philosophie für das Thema des ZEW-Seminars „Unternehmensbesteuerung in der EU“ zutrifft, darüber waren sich alle Teilnehmer der Veranstaltung am 26. Mai einig. Das heutige System der Unternehmensbesteuerung dürfte in den nächsten Jahren erhebliche Reformen durchlaufen. Dafür sorgen auf der globalen Ebene der anhaltende Steuer- und Standortwettbewerb, in Europa zudem die Einführung des Euro und in Deutschland außerdem noch die anstehende Bundestagswahl.

■ Einleitend bezeichnete es Dr. Friedrich Heinemann (ZEW) als Absicht des Seminars, sowohl den Status quo der steuer-



Euro-Experte Dr. Friedrich Heinemann, ZEW

lichen Situation deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich als auch die absehbaren Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen.

In einer vergleichenden Status quo Analyse präsentierte Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim) einen Belastungsvergleich zwischen europäischen Ländern und den USA auf der Basis des am ZEW entwickelten European Tax Analyzer (ETA). Sein klares Resultat: Deutschland und Frankreich sind derzeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (insbesondere Großbritannien und Niederlande) und den USA auf Unternehmensebene Hochsteuerländer. Spengel zeigte sich dabei wenig optimistisch, daß es für Deutschland in nächster Zeit zu nachhaltigen Steuersenkungen für Unternehmen kommen könne, weil auch die für das Jahr 1999 in Deutschland geplanten, letztendlich aber gescheiterten Steuerreformpläne vor allem auf die Entlastung von natürlichen Personen zielen.

Auch die Erweiterung der Belastungsvergleiche auf die Sozialabgaben zeichnet kein vorteilhafteres Bild der deutschen Wettbewerbssituation, wie dies anschließend Tobias Eckerle (ZEW) dar-

legte. Seine ETA-basierte Analyse wies nach, daß ein Durchschnittsunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zwar nach französischem Abgabenrecht mit Abstand am höchsten mit Steuern und Sozialabgaben finanziell belastet wird. Allerdings weisen auch Deutschland und die Niederlande eine vergleichsweise hohe Belastung auf. Dagegen ist die Belastung in Großbritannien und den USA signifikant geringer.

Daß bei den Sozialabgaben keine Entlastung zu erwarten ist, belegte Dr. Manfred Erbsland (Universität Mannheim) unter demographischen Aspekten. Aufgrund der Zunahme des Altersquotienten (Verhältnis zwischen 60jährigen und 20-60jährigen) von heute 36,6 Prozent auf 72,5 Prozent im Jahr 2040 werden die Sozialversicherungssysteme ohne einschneidende Reformen auch die Unternehmen zunehmend belasten. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der Beitrag von Klaus Göggelmann (ZEW): Er setzte sich in seiner Analyse auf Basis des Konstanzer Ungleichgewichtsmodells mit der Überwälzungsfrage auseinander. Er zeigte auf, daß es für den Zusammenhang etwa zwischen Sozialausgaben und Arbeitslosigkeit vor allem darauf ankommt, inwieweit es den Arbeitnehmern gelingt, ihre steigende Abgabenbelastung in Form höherer Bruttolöhne auszugleichen. Gelingt diese Überwälzung, sind die negativen Folgen für die Arbeitslosigkeit tendenziell größer, so die Einschätzung des Referenten.

Ein weiterer perspektivischer Beitrag betraf ein zentrales Schlagwort der aktuellen Steuerdebatte: Alexander Wünsche (ZEW) analysierte die Wettbewerbswirkungen einer ökologischen Steuerreform. Aufschlußreich, weil in der globalen Diskussion oft nicht betrachtet, waren hier besonders seine Aussagen über die Branchenwirkungen.

Die berechneten finanziellen Belastungen mancher diskutierter Konzepte sind so groß, daß dies die Existenz der entsprechenden Branchen bei einem deutschen Alleingang gefährden würde.

Kritisch ging Thiess Büttner (ZEW) mit der These vom ruinösen Steuerwettbewerb ins Gericht. Zwar ist durchaus ein Angleichen der effektiven Steuersätze und der effektiven Steuerbelastung der Kapitaleinkommen in Europa zu beobachten. Letztlich muß im Falle eines ruinösen Steuerwettbewerbs aber auch ein effektiver Abbau der Steuerbelastung auf Kapitaleinkommen stattfinden. Auf Basis einer empirischen Analyse der effektiven Steuerquote bei Kapitaleinkommen in 14 europäischen Ländern im Zeitraum 1970 bis 1996 urteilte Büttner, „daß die Steuerbelastung bei einer Konvergenz der Durchschnittssätze eher gestiegen als gefallen ist“. Demnach gibt es bislang keine Anhaltspunkte für einen schädlichen Steuerwettbewerb in Europa.

Weil die ökonomische Analyse oftmals zu sehr von juristischen Nebenbedingungen abstrahiert, war das Referat von Dr. Norbert Dautzenberg (Universität Köln) zum Thema „EG-Recht und deutsche Unternehmensbesteuerung“ ein hilfreiches Korrektiv. Er legte anhand von Beispielen überzeugend dar, wie eng heute vor dem Hintergrund des EG-Vertrags und seiner Auslegung der Spielraum für national eigenständige Steuergesetzgebung geworden ist.

In seinem Fazit äußerte Dr. Friedrich Heinemann abschließend die Erwartung, daß sich der deutsche Reformstau auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung angesichts des inzwischen erreichten Entscheidungsdruckes spätestens nach der Bundestagswahl auflösen werde, welche Regierung auch immer das Mandat vom Wähler erhält. ◀

Nicht so schlecht wie ihr Ruf: Industrieforschung in Ostdeutschland

Die wirtschaftlichen Perspektiven für die neuen Bundesländer hängen eng mit den Innovationsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen zusammen. Diese gelten gegenwärtig allgemein als zu gering und werden mit der relativ niedrigen Forschungsintensität der ostdeutschen Wirtschaft begründet.

■ Die gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) spiegeln lediglich die nachteilige ostdeutsche Wirtschafts- und Unternehmensgrößenstruktur wider. Berücksichtigt man diese Aspekte, führen ostdeutsche Unternehmen sogar häufiger und intensiver FuE durch als (vergleichbare) westdeutsche Firmen. Auch bei anderen Innovationsindikatoren, wie z. B. dem Anteil der Unternehmen mit Basis- oder Verbesserungsinnovationen, läßt sich auf der Unternehmensebene kein Rückstand in Ostdeutschland feststellen.

Zu diesen Ergebnissen kam eine gemeinsame empirische Studie der Prognos AG, Basel, der Sozialökonomische Strukturanalysen GmbH, Berlin, des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und des ZEW zum Thema „Industrielle Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland“ (s. Neuerscheinungen).

Mehr Personal in FuE?

Die Studie ergab, daß ohne weitere Anstrengungen kaum ein Anstieg des FuE-Personals im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe zu realisieren sei. Dieser werde von wirtschaftlichen Aufholprozessen und einem positiven Beschäftigungswachstum des Verarbeitenden Gewerbes ausgehen, eine Entwicklung, die in den unterschiedlichen Szenarien, die im Rahmen der Untersuchung erarbeitet wurden, durchaus für möglich gehalten wird.

Im günstigsten Fall wird eine Zunahme der FuE-Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe auf rund 28.000 Personen bis zum Jahr 2010 erwartet, eine Steigerung um rund 50 Prozent zum gegenwärtigen Niveau. Der ungünstigste Fall entspräche einer Stagnation auf dem heutigen niedrigen Niveau.

Aufgrund der für die Entfaltung von unternehmensorientiertem FuE-Potential ungünstigen Branchen- und Größenstruktur wird es in den neuen Bundesländern dabei bleiben, daß auf die FuE-intensiven Wirtschaftszweige zusammen nur gut 70 Prozent des gesamten FuE-Personals im Verarbeitenden Gewerbe entfallen. In den alten Bundesländern liegt dieser Anteil bei 80 Prozent.

Problematisch ist, daß viele ostdeutsche Unternehmen schon zu Beginn des Aufholprozesses FuE mit hoher Intensität durchführten, womit die Forschungsaktivitäten dem ökonomischen Erfolg vorausseilen.

Erfolgversprechender scheint dagegen der Weg derjenigen ostdeutschen Unternehmen zu sein, die zunächst ohne eigene FuE über Technologietransfers und hohe Investitionen versucht haben, den technologischen und wirtschaftlichen Rückstand zu reduzieren. So verfahren insbesondere Tochterunternehmen westdeutscher oder ausländischer Firmen. Rentabilitätsprobleme, Finanzierungslücken und erheblicher Kosten-

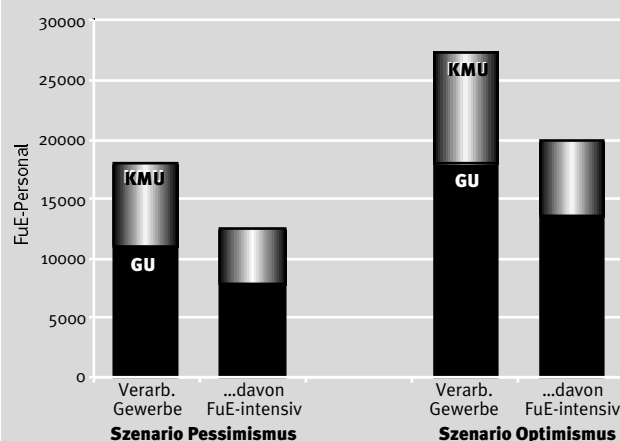
druck beeinträchtigen momentan viele Unternehmen. Sie laufen Gefahr, selbst nach einer einmal erfolgreich durchgeführten Produkterneuerung nicht die notwendige Kontinuität von FuE zur Weiterentwicklung der vorhandenen Erzeugnisse gewährleisten zu können.

Gezieltere Anstrengungen

Eine wichtige technologiepolitische Herausforderung wird darin gesehen, den Unternehmen beim Aufbau der wirtschaftlichen Voraussetzungen für erfolgreiche FuE zu helfen. Mit der Integration der ostdeutschen Unternehmen in das gesamtdeutsche Innovationssystem können nicht nur der Zugang zu unternehmensexternem Wissen verbessert, sondern auch bestehende Vertriebswege genutzt werden. Empfohlen wird, die zukünftige Unterstützung der Unternehmen stärker an den wirtschaftlichen Erfolgsaussichten auszurichten sowie an den Chancen, den Marktzugang mit Hilfe der geförderten Ideen zu schaffen. ◀

Dr. Alfred Spielkamp, 0621/1235-174

Entwicklung des FuE-Personals in Ostdeutschland im Jahr 2010



Lesehilfe: Im Verarbeitenden Gewerbe wird im Szenario Pessimismus (kein Wachstumsvorsprung Ost gegenüber West) mit 6.940 Beschäftigten in FuE in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und 11.050 in FuE in großen Unternehmen (GU) gerechnet. Davon werden in den FuE-intensiven Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes (Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik) in KMU 4.800 und in GU 7.740 Personen beschäftigt sein. Im Szenario Optimismus wird von einem zweiprozentigen Wachstumsvorsprung Ost gegenüber West ausgegangen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, SV-Wissenschaftsstatistik, Prognos AG

Klima: Von Kyoto nach Buenos Aires

Die Verhandlungen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen befinden sich in einer entscheidenden Phase. Nach den auf der 3. Vertragsstaatenkonferenz in Kyoto getroffenen Vereinbarungen hat Anfang Juni eine weitere Verhandlungsrunde in Bonn stattgefunden. Hauptgegenstand waren die Regelungen im Kyoto-Protokoll zum Emissionshandel und zur Einbeziehung von Senken.

■ In Kyoto wurden für 38 Industriestaaten (Annex B) Reduktionen des Ausstoßes von sechs Treibhausgasen vereinbart. Die Emissionen sollen 2008-2012 gegenüber 1990/1995 um ca. 5,2 Prozent reduziert werden. Ziel der Ve-

Lastverteilung der Reduktionsverpflichtungen in der EU

	Juni 1998 ¹	März 1997 ²
Luxemburg	- 28 %	- 30 %
Bundesrepublik	- 21 %	- 25 %
Dänemark	- 21 %	- 25 %
Österreich	- 13 %	- 25 %
Großbritannien	- 12,5 %	- 10 %
Belgien	- 7,5 %	- 10 %
Italien	- 6,5 %	- 7 %
Niederlande	- 6 %	- 10 %
Frankreich	0 %	0 %
Finnland	0 %	0 %
Schweden	+ 4 %	+ 5 %
Irland	+ 13 %	+ 15 %
Spanien	+ 15 %	+ 17 %
Griechenland	+ 25 %	+ 30 %
Portugal	+ 27 %	+ 40 %
EU-15	≙ -8 %	≙ -10 % (-15 %)

1: Die Vereinbarung des Ministerrats vom Juni 1998 bezieht sich auf alle 6 Treibhausgase und einen Zielzeitraum von 2008 bis 2012.

2: Die Vereinbarung des Ministerrats vom März 1997 bezieht sich nur auf die Treibhausgase CO₂, CH₄ und N₂O und ist auf das Jahr 2010 terminiert. Ziel war eine Reduktion von 15 %, die eingegangenen Verpflichtungen deckten jedoch nur 10 % ab. Quelle: WWF.

handlungen in Bonn war es, eine Agenda für die Verhandlungen der vierten Vertragsstaatenkonferenz in Buenos Aires im November diesen Jahres zu erarbeiten und die im Kyoto-Protokoll noch sehr allgemein gehaltenen Regelungen weiter zu konkretisieren (s. ZEW-News, 6/1998). Dabei traten eine Reihe von Interessensgegensätzen zu Tage. Insbesondere die Frage, inwieweit Entwicklungsländer (G 77/China) sich am Klimaschutz beteiligen sollten, verursachte Differenzen, bei denen die USA als Hauptinteressengegner auftraten. Ein

weiterer Konflikt zwischen den USA und der EU betraf die Ausgestaltung des internationalen Emissionshandels. Während die USA für einen Handel ohne Beschränkungen plädieren, will die EU die Erfüllung der Reduktionsverpflichtungen durch Emissionshandel auf einen bestimmten Prozentsatz beschränken.

Einigung wurde jedoch in der komplexen und vor allem von den USA propagierten Einbeziehung von Senken (z. B. Bindung von CO₂ durch Aufforstungsprogramme) erzielt. Weitere politische Entscheidungen sollen zuerst wissenschaftlich abgesichert werden.

Nur Teilerfolge erreicht

Der Verhandlungsfortschritt kann als schleppend bezeichnet werden. Dennoch wurde in der Vertagung der Senkenfrage ein Erfolg erzielt. Die unzureichende Quantifizierbarkeit der Klimawirkungen hätte zu Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Emissionsobergrenzen geführt. Hinsichtlich der Institutionalisierung (Handelsregeln, Sanktion, Überwachung) eines internationalen Handels mit Treibhausgasemissionen blieben die meisten Fragen unbeantwortet. Ferner unternehmen die USA vermehrt Anstrengungen, um in absehbarer Zeit einen nationalen Handel mit CO₂ zuzulassen.

Diese Fragestellung wird derzeit auch im ZEW im Rahmen eines Gutachtens „Handlungsoptionen für Baden-Württemberg im Klimaschutz“ auf regionaler Ebene analysiert.

Die EU sollte sich vor diesem Hintergrund ebenfalls intensiv dieser Problematik widmen, um nicht die Position eines Nachzüglers einzunehmen. Zu begrüßen ist daher, daß sich die Mitgliedsländer eine Woche nach der Bonner Konferenz auf eine interne Lastverteilung der Reduktionsverpflichtungen geeinigt haben. Die Bundesrepublik muß dem-

nach ihre Emissionen um 21 Prozent in der ersten Budgetperiode von 2008 bis 2012 reduzieren (s. Tabelle).

Allerdings lehnte es die EU ab, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und schärfere Quoten zu verabschieden, die über die im Protokoll vereinbarten acht Prozent hinausgehen.

Weg für Entwicklungsländer ebnen

Ein weiteres Problem könnte dadurch entstehen, daß sich zwei unterschiedliche Verhandlungsgruppen herausbilden: auf der einen Seite die 38 Staaten des Annex B und auf der anderen Seite die Länder, für die momentan keine Emissionsobergrenzen existieren. Auch letztere sollten in den Verhandlungsfortgang über ein internationales Trading Regime integriert werden, indem mögliche Einstiegsmodalitäten für diese Länder diskutiert werden. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Clean Development Mechanism (CDM) kann es sonst zu unerwünschten Nebeneffekten kommen. Im Rahmen des CDM finanzieren Industriestaaten Projekte zur Emissionsreduktion in Entwicklungsländern und können sich diese Reduktionen auf ihre eigenen Verpflichtungen anrechnen lassen (Joint Implementation). Bei ungünstiger Ausgestaltung für die Schwellen- und Entwicklungsländer könnten diese dauerhaft davon abgehalten werden, sich an einem Handel mit Emissionsrechten zu beteiligen. Somit könnten wichtige Effizienzvorteile ungenutzt bleiben.

In Buenos Aires sollen die Weichen für eine rasche Umsetzung des Protokolls gestellt werden. Als Voraussetzung für sein Inkrafttreten ist die Ratifizierung durch die USA unumgänglich. Bisher haben 39 Vertragsstaaten die Ratifizierung vollzogen, unter ihnen die Mitgliedstaaten der EU. ◀

Marcus Stronzik, 0621/1235-203

Wie Anlage-Profis entscheiden

Die tägliche Informationsflut auf den Kapitalmärkten ist immens. Von der schnellen Tickermeldung bis zum gut recherchierten Artikel: Der Anleger muß entscheiden, wie dicht er am Markt sein will. Unter den professionellen Kapitalanlegern ist die Meinung über die zuverlässigste Informationsquelle geteilt.

■ Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des ZEW. Im Rahmen des monatlichen ZEW-Finanzmarkttests wurden Experten befragt, welche Informationsquellen sie nutzen und mit welchen Metho-

sind die monatlichen Berichte der Bundesbank, die auch dem Privatanleger zur Verfügung stehen.

Vorstände und Geschäftsführer verlassen sich auf vorsortierte und aufberei-

zu besseren Prognoseergebnissen führt. Die im Studium gelernte Theorie hingegen verspricht kein Instrument für sichere Gewinne am Aktienmarkt zu sein. Wer sich auf die Theorie verläßt und das Ohr nicht am Markt hat, der gibt im Mittel die schlechteren Aktienprognosen ab. Auch mit ausgetüftelten statistischen Methoden, der Ökonometrie, läßt sich die Prognosefähigkeit anscheinend nicht verbessern. Sollte bei Anhängern der Charttechnik nun bereits Jubel aufkommen, so ist dieser allerdings verfrüht. Diese Prognosetechnik erweist sich im statistischen Mittel als nicht zuverlässiger als der Durchschnitt.

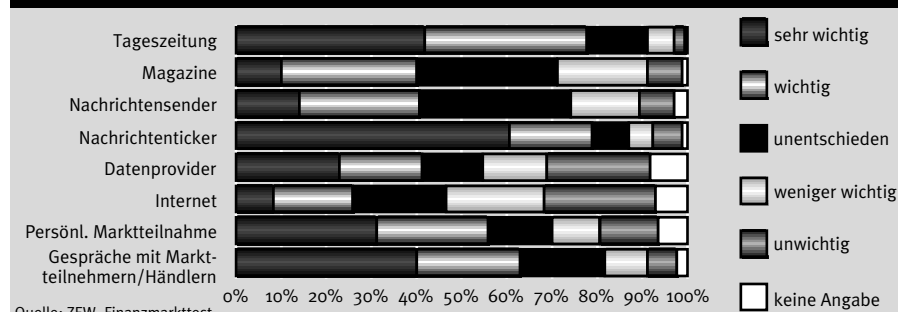
Bei den kurzfristigen Zinsen zeigt sich ein etwas anderes Bild. Die besten Prognostiker sind hier in den Finanzabteilungen der Unternehmen zu finden. Gute Chancen, mit seiner Vorhersage richtig zu liegen, hat aber auch hier wieder derjenige, der sich dicht am Markt befindet. Gespräche mit Marktteilnehmern und Händlern zahlen sich gleichfalls aus. Leider können auch bei der Zinsprognose Anhänger der ökonomischen Theorie weniger Treffer verbuchen.

Marktnähe ist entscheidend

Der Markt läßt sich also offenbar nicht in ein konkretes ökonomisches Modell zwingen. Die starren Vorgaben der Theorie lassen sich nicht auf den freien Markt übertragen, jedenfalls nicht in der kurzfristigen Sicht von sechs Monaten. Wichtiger ist es hier, auf Stimmungen zu achten. Nicht ohne Grund hört man immer wieder von psychologisch wichtigen DAX-Ständen. Das Börsengeschehen wird letztlich von Menschen bestimmt, die Informationen auswerten und sich darüber austauschen. Wer nur die Informationen besitzt und nicht die Interpretation des Marktes mit einbezieht, hat offenbar die schlechteren Karten. ◀

Robert Dornau, 0621/4235-141

Beurteilung des Stellenwertes möglicher Informationsquellen



den und Modellen sie ihre Prognosen erstellen. Befragt wurden Analysten, Händler, Anlageberater und Portfoliomanager sowie Führungskräfte von Versicherungen, Banken, Industrieunternehmen und Kapitalanlagegesellschaften.

Tageszeitungen wichtige Quelle

Die tägliche Lektüre einer Tageszeitung wurde von fast allen Umfrageteilnehmern als wichtig beurteilt. Am wichtigsten ist dieses Medium für den Berater in der Bank oder Sparkasse, der direkt mit Kunden zu tun hat. Als Mittler zwischen Bankkunden und Wertpapierhändlern erfährt der Berater allerdings auch einiges über die momentane Marktstimmung, die als wichtiger Aspekt in seine Empfehlung einfließt. Ebenfalls einen hohen Stellenwert besitzen hier Magazine, die die täglichen Informationen filtern, aufbereiten und kommentieren. Viele Berater und Anlagemanager lesen auch die Analysen anderer Banken und/oder der Wirtschaftsforschungsinstitute. Wer nicht direkt am Geschehen teilnehmen kann, macht sich über die verschiedenen Analystenmeinungen ein differenziertes Bild. Etwas trockener, aber für einige dafür um so wichtiger,

tete Informationen und weniger auf minütliche Tickermeldungen oder Nachrichtensendungen. Daß bei Vorständen und Experten der volkswirtschaftlichen Abteilungen ein anderes Modell des Marktes zugrundeliegt, zeigt sich auch in den verwendeten Methoden. Die Charttechnik, d. h. die Analyse der Grafik des bisherigen Kursverlaufs mit sogenannten Trendlinien, die Prognosen erlauben, ist verpönt. Studierte Experten wagen mit Hilfe ökonomischer Modelle den Blick in die Zukunft.

Was aber bringen die verschiedenen Informationsmöglichkeiten und Auswertungsmethoden konkret für die Prognose von Kapitalmarktgrößen? Um dies herauszufinden, verglich das ZEW die Angaben der Experten zu Informationsquellen und Prognosemethoden mit ihrer mittelfristigen Prognose für die Entwicklung des Deutschen-Aktien-Index (DAX) und der kurzfristigen Zinsen in Deutschland. Dabei wurde auf Daten der letzten sechs Jahre zurückgegriffen.

Bei der DAX-Prognose schneiden die Experten der Abteilung Wertpapierhandel am besten ab. Die Nähe zum Markt eröffnet offenbar gewisse Vorteile. Das wird auch dadurch deutlich, daß der Zugriff auf Nachrichtenticker und Internet

Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt kritisch betrachtet

■ Was taugt der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt? Diese Frage stand im Zentrum des Vortrags von Dr. Wolfgang Föttinger, Universität Frankfurt, in einem ZEW-Seminar.

Die Bewertung des Referenten fiel vor dem Hintergrund der gerade in Deutschland hohen Erwartungen an die Tauglichkeit dieses Instruments zur Koordination der Fiskaldisziplin ernüchternd aus. Unter anderem bemängelt Föttinger, daß dem Pakt, der die Fiskalpolitik auch nach der Qualifikation eines EU-Staats für die Währungsunion qualifizieren soll, ein eingeschränktes Verständnis von Fiskaldisziplin zugrunde liegt. Wesentliche Posten wie die Pensionsverpflichtungen der öffentlichen Hand oder die Ungleichgewichte in der Sozial-

politik werden von den Defizitgrenzen des Pakts nicht erfaßt. Außerdem seien Inkonsistenzen in den Bestimmungen festzustellen. So ist es Föttinger zufolge ein Widerspruch, einerseits in Normalzeiten einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben, andererseits bei der im Pakt vorgesehenen Defizit-Obergrenze von drei Prozent eine konjunkturelle Ausnahmeklausel vorzusehen.

Föttingers Kritik geht allerdings über diese und andere Details hinaus. Für ihn ist der wesentliche Konstruktionsmangel des Pakts die darin implizierte Option einer fiskalpolitischen Zentralisierung in der EU.

Dem stellt der Referent das Konzept eines Wettbewerbsföderalismus entgegen, das für viele Politikbereiche mit po-

tentiellem supranationalen Koordinierungsbedarf anwendbar ist, so auch für die Haushaltspolitik. Ausgehend von einem neo-österreichischen Wettbewerbsverständnis erfolgt das Plädoyer für eine Konkurrenz der fiskalischen Institutionen im Sinne eines Entdeckungs- und Lernprozesses. Die Erfahrungen beispielsweise innerhalb der kanadischen Föderation oder in Australien und Neuseeland unterstützen seines Erachtens diese Sichtweise.

So lautet Föttingers Schlußfolgerung: Eine institutionelle Regelung auf zentraler Ebene sollte sich auf die Schaffung grober Rahmenbedingungen hinsichtlich der Transparenz und Rechenschaftspflicht der einzelnen öffentlichen Haushalte beschränken. ◀

Technologietransfer von Hochschulen: Anreize für Wissenschaftler schaffen



Prof. Richard Jensen, University of Kentucky

■ Richard Jensen, Professor an der University of Kentucky und zur Zeit Gastprofessor an der Universität Hamburg, dis-

kutierte in einem ZEW-Seminar Forschungsergebnisse über lizenzierte Erfindungen der Universitäten in den USA. Die Kommerzialisierung wissenschaftlicher Erfindungen gilt auch in den USA als das Haupthindernis des Technologietransfers aus der öffentlich finanzierten Forschung an die Unternehmen. Durch das Bayh-Dole Gesetz aus dem Jahr 1982 wurde in den USA die Grundlage für vermehrte Patentanmeldungen der Universitäten gelegt.

Indes ergab eine Befragung von Technologietransferstellen durch Jensen und seinen Koautor Tursby, daß für eine erfolgreiche Kommerzialisierung von wissenschaftlichen Erfindungen die aktive Beteiligung der Wissenschaftler auch nach der Lizenzierung an ein Unternehmen erforderlich ist.

Anschließend zeigte Professor Jensen in seinem Vortrag anhand eines spieltheoretischen Modells, daß in diesem Fall die Lizenzverträge neben festen Lizenzgebühren auch eine umsatzabhängige Komponente enthalten müssen, damit die Wissenschaftler der Universität einen Anreiz zur aktiven Unterstützung der Entwicklung der Erfindung zur Marktreife haben.

Da für die Wissenschaftler vor allem ihre wissenschaftliche Arbeit wichtig sei und weniger die Gelderträge aus den Lizenzen, wäre die Kopplung der Finanzierung wissenschaftlicher Projekte an den Universitäten an den Erfolg der Kommerzialisierung von Erfindungen ebenfalls ein Mittel, den Technologietransfer aus den staatlichen Forschungseinrichtungen zu intensivieren. ◀

ZEW-Neuerscheinungen

■ Schriftenreihe/

Wirtschaftsanalysen

Alfred Spielkamp et al.: *Industrielle Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland*, Band 29, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1998

■ Discussion Papers

Fred Ramb: *Finanzierungsstrukturen im Vergleich. Eine Analyse europäischer Unternehmen*, Nr. 98-17.
N. Ammon: *Why Hedge? – A Critical Review of Theory and Empirical Evidence*, Nr. 98-18.

■ Dokumentation

Wolfgang Bräuer, Oliver Kopp: *Entwicklungschancen und Umweltschutz durch Joint Implementation mit Indien*, Nr. 98-06.

Wissenschaft für die Praxis

ZEW/DSE-Seminar: Personalentwicklung für Führungskräfte aus China

■ Gemeinsam mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) verabschiedete das ZEW am 10.

Junis 1998 eine 16-köpfige Gruppe chinesischer Personalmanager. Die Delegation aus China absolvierte eine zehnmönatige Fortbildung für betriebliche Personalentwicklung, die von DSE und ZEW konzipiert und durchgeführt wurde.



Nicht nur die chinesischen Arbeitgeber der Nachwuchsführungskräfte, hauptsächlich staatliche Bildungseinrichtungen, profitieren von der Qualifizierung. Auch internationale Unternehmen, die zunehmend in China investieren, melden einen hohen Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften, gerade auch im Personalwesen.

Das Programm umfaßte Seminare zu betriebs- und personalwirtschaftlichen Themen, etwa zur Personalführung oder zur Bestimmung von Personalentwick-

lungsbedarf in Unternehmen, die von Experten aus Wissenschaft und Unternehmen der Region geleitet wurden. Abgerundet wurde die Fortbildung durch Firmenbesichtigungen und Praktika, u. a.

bei SAP, BASF und Siemens.

Bei der Abschlußveranstaltung am ZEW hob der Leiter der DSE Mannheim, Herbert Burk, die positive Zusammenarbeit öffentlicher und privater Unternehmen im Rahmen der Weiterbildung chinesischer Stipendiaten hervor. Ernst O. Schulze, Kaufmännischer Direktor des ZEW, verwies auf die umfassende Erfahrung des ZEW, Forschungsergebnisse an Fachleute aus der Praxis im In- und Ausland zu vermitteln. Zur Personalentwicklung in einem internationalen Unternehmen sprach Jakob Iwanowitsch, Personalleiter der Freudenberg AG, ein Unternehmen, das neben der Bilfinger + Berger Bau-AG, Daimler Benz und der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft im praktischen Abschnitt der Fortbildung eine aktive Rolle übernahm. ◀

Auszeichnung für Dissertation

■ Für seine Dissertation „Standorte und Entwicklung junger innovativer Unternehmen“ wird Dr. Eric Nerlinger, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, der August-Lösch-Preis der Stadt Heidenheim sowie der Dissertationspreis der IHK Lüneburg-Wolfsburg zuerkannt. Die am ZEW durchgeführte empirische Untersuchung analysiert Standorte, Entwicklung und Beschäftigungsbeiträge junger innovativer



Dr. Eric Nerlinger, ZEW

Unternehmen in West-Deutschland (Vgl. ZEW-News, Juli 1998, S.1). Die Studie erscheint als Band 27 der ZEW Wirtschaftsanalysen-Schriftenreihe, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. ◀

Termine

■ Expertenseminare:

Mitarbeitermotivation, 9.-10. September, ZEW-Gebäude in Mannheim, L 7, 1

Wissensmanagement, 14.-15. September, ZEW-Gebäude in Mannheim, L 7, 1

Führung und Veränderung, 21.-23. September, ZEW-Gebäude in Mannheim, L 7, 1

Qualitätsmanagement für Dienstleistungen, 20. Oktober, ZEW-Gebäude in Mannheim, L 7, 1

Vom Mitarbeiter zur Schlüsselkraft des Unternehmens, 29. Oktober, ZEW-Gebäude in Mannheim, L 7, 1

Die Rechnungslegung von Finanzinstrumenten nach HGB, IAS und US-GAAP, 30. Oktober, ZEW-Gebäude in Mannheim, L 7, 1

■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter <http://www.zew.de>.

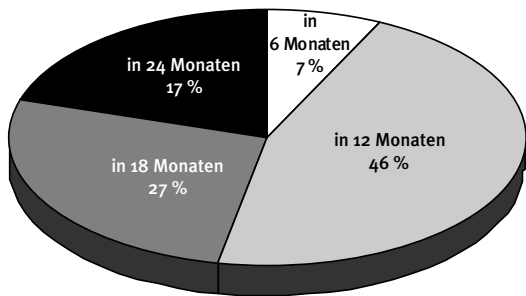
Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das ZEW-Seminarprogramm für 1998 zu.

Anne Grubb, Telefon 0621/1235-241, Fax 0621/1235-224, E-mail grubb@zew.de

Daten und Fakten

ZEW-Finanzmarkttest Wirtschaftssituation in Südostasien

Marktkenner erwarten Besserung in Südostasien:

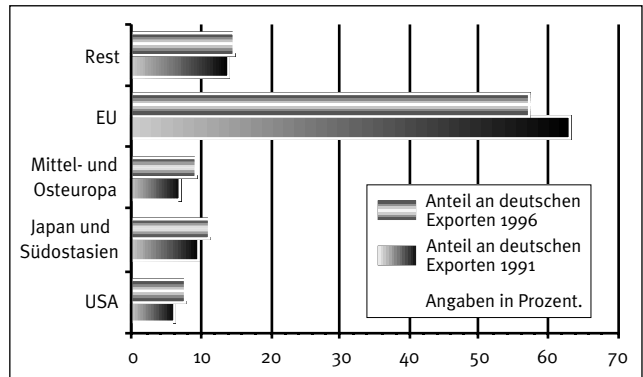


Quelle: ZEW

Neben faulen Krediten in den Bankbilanzen japanischer Kreditinstitute machen den Japanern zunehmend die sich drastisch verschlechternden Absatzmöglichkeiten in den asiatischen Krisenländern zu schaffen. Nach Meinung der Marktkenner wird eine Stabilisierung der Wirtschaftssituation in südostasiatischen Schwellenländern noch über ein Jahr auf sich warten lassen. Der Yen-Verfall verbessert zwar die Exportchancen Japans in die Vereinigten Staaten, verschafft den asiatischen Nachbarstaaten jedoch Absatzschwierigkeiten im für sie so wichtigen Markt Japan, da sich durch den Verfall des Yen die Waren aus den südostasiatischen Schwellenländern verteuern.

Andrea Szczesny, 0621/1235-143

Gebremstes Wachstum der deutschen Ausfuhren in die EU

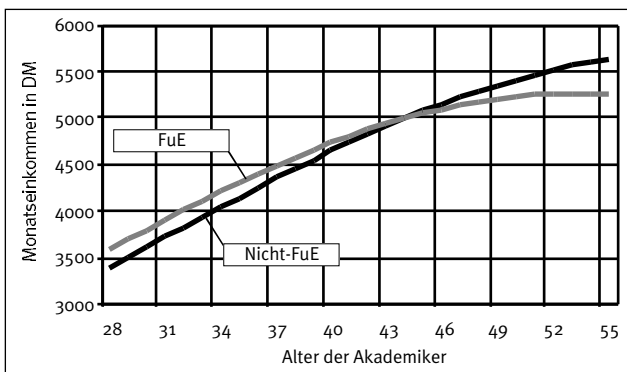


Quelle: Deutsche Bundesbank und ZEW

Gingen 1991 noch 63,2 % der deutschen Exporte in die EU, belief sich der Anteil 1996 auf nur noch 57,1 %. Trotz ständiger Integration betrug das Exportwachstum in die EU von 1991 bis 1996 nur 5,7 %. Im gleichen Zeitraum stiegen dagegen die deutschen Exporte nach Japan und in die südostasiatischen Schwellenländer um 35,9 %, in die USA um 43,9 % und nach Mittel- und Osteuropa um 54,4 %. Der Exportanteil in diese drei Regionen lag 1996 bei 28,1 % gegenüber 22,7 % im Jahr 1991. Infolge der Asienkrise kann sich diese Entwicklung aber bald wieder ändern. Nach wie vor sind die EU-Mitgliedsstaaten der wichtigste Handelspartner Deutschlands.

Claudia Müller, 0621/1235-218

Verdienst von Akademikern in Forschung und Entwicklung sowie anderen Abteilungen

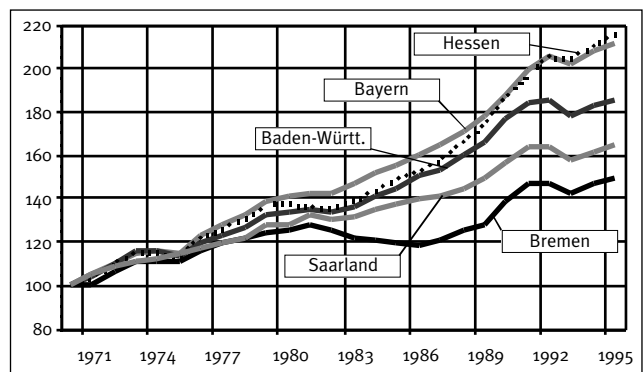


Quelle: 70-%ige Stichprobe des Mikrozensus 1995, eigene ZEW-Berechnungen

Die Verdienste von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern hängen u. a. von der Tätigkeit und dem Alter ab. Der Verdienst einer Tätigkeit in den Abteilungen Forschung und Entwicklung liegt bis zum Alter von etwa 45 Jahren über dem Verdienst in anderen Abteilungen (mit Ausnahme der Geschäftsleitung), in den höheren Altersgruppen ist er jedoch geringer. Hochschulabsolventen sind also in FuE nicht generell „wertvoller“ als in anderen Abteilungen, sondern im wesentlichen in den Jahren nach dem Studium. Das entspricht der Beobachtung, daß Hochschulabsolventen zunächst in Forschung und Entwicklung eingesetzt werden und später in andere Abteilungen wechseln.

Dr. Friedhelm Pfeiffer, 0621/1235-150

Abnehmende Konvergenz in den westlichen Bundesländern



Index: 1970 = 100. Quelle: ZEW

Die wirtschaftliche Entwicklung, gemessen am Wachstum des realen BIP der einzelnen Bundesländer, verläuft seit den achtziger Jahren deutlich unterschiedlich in den Ländern. Obwohl sie sich kaum in der konjunkturellen Entwicklung unterscheiden, zeigen sich aufgrund des Strukturwandels deutliche Diskrepanzen in der Dynamik der Entwicklung. Während Bayern und Hessen seit 1970 ihr Inlandprodukt mehr als verdoppeln konnten, verlief die Entwicklung im Saarland und in Bremen unterdurchschnittlich. Diese divergierende Wirtschaftsentwicklung in einem relativ homogenen Land läßt wenig Hoffnung für eine rasche reale Konvergenz auf europäischer Ebene.

Dr. Herbert S. Buscher, 0621/1235-135



Steuerwettbewerb?

Internationaler Standortwettbewerb heißt für die einzelnen Volkswirtschaften Wettbewerb um die höchsten Investitionsrenditen. Nach Berechnungen der OECD liegt die Sachkapitalrendite in Deutschland zwar in etwa auf EU-Niveau, aber beträchtlich unterhalb des Durchschnitts aller OECD-Staaten, insbesondere wenn man sie mit der Sachkapitalrendite in den USA vergleicht. Dies muß auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß eine Reihe von Ländern ihre Standortbedingungen ständig verbessert. Es reicht heutzutage nicht mehr, daß Deutschland seine Sachkapitalrendite – wie geschehen – steigert, sondern diese muß Schritt halten mit der unserer Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten. Wir stehen im Wettbewerb um international mobiles Kapital zu Investitionszwecken und damit zur Schaffung der dringend benötigten Arbeitsplätze.

Eine durchgreifende Unternehmenssteuerreform mit dem Ziel einer nachhaltigen Entlastung steht dabei an oberster Stelle der Agenda. Wie Berechnungen des ZEW im Rahmen des „European Tax Analyzer“ zeigen, liegt die effektive Steuerlast hierzulande teilweise beträchtlich über dem, was die Unternehmen in wichtigen konkurrierenden Volkswirtschaften tragen müssen. Ohnehin wird uns der zunehmende Wettbewerb, auch der Steuersysteme, zum Handeln zwingen, ob wir wollen oder nicht.

Ein solcher Steuerwettbewerb wird vielfach als nicht wünschenswert angesehen. Mitunter kommt die Befürchtung einer Unterversorgung mit öffentlichen Gütern auf, wenn die Einnahmen des Staates im Rahmen dieses Steuerwettbewerbs zurückgehen und einer Kreditfinanzierung enge Grenzen gesetzt sind. Dem ist entgegenzuhalten, daß Unternehmen sehr wohl bereit sind, als Gegenleistung beispielsweise für eine gute Infrastruktur und ein funktionstüchtiges Bildungs- und Ausbildungssystem Steuern in angemessener Höhe zu entrichten. Von daher gesehen ist die Vorstellung reichlich wirklichkeitsfremd, der Steuerwettbewerb führe zu einer Degeneration und Verwahr-

losung unserer Infrastruktur oder Schulen. Dies schließt allerdings nicht aus, daß so manche Überversorgung mit öffentlichen Einrichtungen zurückgefahren wird.

Wesentlich ernster ist dann schon eine zweite Befürchtung, nämlich daß die staatlichen Umverteilungssysteme im Rahmen eines Steuerwettbewerbs unter Druck geraten können, weil die mobilen Faktoren, vornehmlich also Kapital, sich der Besteuerung durch Standortverlagerung entziehen können. Aber dieses Argument ist ebenfalls zu relativieren. Erstens ist der mit einer Umverteilung einhergehende soziale Friede auch ein Standortvorteil, den Unternehmen zu schätzen wissen. Zweitens gibt dieser Druck dann Veranlassung, die längst überfällige Reform der staatlichen Umverteilungssysteme in Angriff zu nehmen mit dem Ziel, daß sie zielgenauer werden und mehr Raum für die individuelle Eigenvorsorge lassen. Diese Forderung wird oft als genereller Sozialabbau abqualifiziert. Gemeint sind jedoch nur staatliche Umverteilungsmaßnahmen, die mit einer Unterstützung Hilfsbedürftiger nichts zu tun haben. So ist beispielsweise nicht einzusehen, warum obere Einkommenschichten Kindergeld und kinderlose Ehepaare Ehegattensplitting beanspruchen können oder warum rund 40 Prozent aller Sozialwohnungen fehlbelegt sind (ohne ausreichende Kompensation durch die Fehlbelegungsabgabe). Insoweit diese und andere sozialpolitische Fehlentwicklungen im Zuge des Steuerwettbewerbs korrigiert werden (müssen), ist nichts gegen ihn einzuwenden. Der falsche Weg wäre übrigens, sich diesem Wettbewerb durch eine europäische Sozialunion gemäß deutschen Standards entziehen zu wollen. Unabhängig davon, ob sie überhaupt zustande kommt – Warum sollten sich andere Länder freiwillig einer ihrer Wettbewerbsvorteile begeben? –, hieße sie, unsere Präferenzen anderen Ländern oktroyieren zu wollen, von den Kostenbelastungen ganz abgesehen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Martina Müller-Keitel, Telefon 0621/1235-102, Telefax 0621/1235-222, E-mail mueller@zew.de,
Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-mail voss@zew.de;

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher